

„Braunschweig ist für die NPD ein Symbol“

SPD-Landtagsabgeordneter Klaus-Peter Bachmann will eindeutige Regelungen im Versammlungsrecht für Polizei und Gerichte



Die Polizei kesselte am 18. Juni 2005 Gegendemonstranten des NPD-Aufmarschs am Hagenmarkt ein (Foto), um den Rechtsextremen ihren Marsch durch die Stadt zu ermöglichen. Gerichte ent-

schieden, dass sowohl der „Braunschweiger Kessel“ als auch die Räumung von Gegendemonstranten an der Kreuzung Lange Straße/Küchenstraße rechtswidrig waren. Archivfoto: Lohmann

Ein Gericht benötigt Monate, um festzustellen, ob die Räumung der Kreuzung Lange Straße/Küchenstraße von Gegendemonstranten während des NPD-Aufmarschs am 18. Juni 2005 rechtswidrig war oder nicht. Der Polizeieinsatzleiter musste vor Ort entscheiden: Wasserwerfer-Einsatz oder nicht. Das zeigt das Dilemma auf.

„Die Politik muss Gesetze schaffen, die klarer sind. Abwägungsentscheidungen für Gerichte und Polizei müssen leichter werden“, fordert SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann. Seine Fraktion hat einen dahingehenden Entschließungsantrag eingebracht. Er wird in dieser Woche im Landtag diskutiert.

Dazu gehört unter anderem „eine sorgfältige Überarbeitung des Versammlungsrechts mit dem Ziel, das fundamentale Grundrecht der Versammlungsfreiheit nicht zur Spielwiese für Rechtsradikale werden zu lassen“. Das Interview mit Klaus-Peter Bachmann führte Lokalredakteur Ralph-Herbert Meyer.

Nachdem die Räumung der Straße von Gegendemonstranten beim NPD-Aufmarsch für rechtswidrig erklärt wurde, haben Sie gesagt, Sie wollen, dass Genehmigungen von NPD-Aufmärschen verhindert werden können. Wie soll das funktionieren?

Da gibt es mehrere Möglichkeiten, ein ganzes Bündel. Nur müssen dafür Gesetze geändert werden. Des-

wegen haben wir Sozialdemokraten die Initiative im Landtag ergriffen. Wir wünschen uns, dass unser Entschließungsantrag angenommen wird und Niedersachsen dann eine Bundesratsinitiative mit dem obersten Ziel, dem Verbot der NPD, startet. Das muss ein Anliegen aller Demokraten in diesem Land sein.

Für mich ist es nur ein Zwischenziel, NPD-Aufmärsche verhindern zu können. Im Versammlungsrecht kann das Land nach der Föderalismusreform ja selbst aktiv werden.

Veränderte Gesetze gelten natürlich für alle Demonstrationen, nicht nur für Aufmärsche der Rechtsextremen. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Wir Sozialdemokraten wissen, worüber wir da reden. Wir waren während der Nazi-Zeit ja selbst Opfer.

Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Bisher ist es doch so, dass NPD-Demonstrationen immer genehmigt werden müssen, weil die Partei ja nicht verboten ist. Es kann aber nicht Aufgabe des Staates sein, so einen Aufmarsch von verbotenen Dingen wie Musik, Kleidung, Transparenten oder Abzeichen zu 'säubern', damit er sich überhaupt in Gang setzen darf.

Die Regelung müsste doch so sein: Entdeckt die Polizei etwas, was auf dem Index steht, dann muss sie die Demonstration doch auflösen können. Das möchte ich durchsetzen.

„Wir wünschen uns, dass Niedersachsen eine neue Initiative im Bundesrat für ein NPD-Verbot startet“



Klaus-Peter Bachmann, Braunschweiger Landtagsabgeordneter der SPD.

Polizisten machen das nicht gerne und säubern einen NPD-Aufmarsch. Das ist ihr unangenehmster Job.

Das beträfe eine genehmigte Demonstration. Wie soll aber mit einem NPD-Antrag für eine Kundgebung umgegangen werden?

Ich denke, dass die Politik auch hier klar sagen muss, was sie will. Die Bandbreite möglicher Auslegungen der Gesetze ist zu breit. Nehmen wir das Beispiel Braunschweig. Die Stadt legt als Genehmigungsbehörde eine andere Route fest. Und das wird von den Gerichten wieder kassiert, weil es gegen das geltende Versammlungsrecht verstößt. Dabei weiß man doch aufgrund von Erfahrungen, dass das nur daneben gehen kann. Durch die Urteile zum Braun-

schweiger Kessel und zum Wasserwerfer-Einsatz rückt aber der Abwägungsprozess beim Genehmigen von NPD-Aufmärschen hoffentlich stärker in den Fokus.

Was bedeutet Abwägung im Zusammenhang mit NPD-Demonstrationen?

Da werden tausende von Polizisten aus dem Bundesgebiet zusammengezogen, um einem Häuflein Rechtsradikaler den Marsch durch eine Stadt zu ermöglichen. Durch den aberwitzigen Personalbedarf entstehen andernorts Sicherheitslücken. Es werden Überstunden und Kosten en masse produziert. Das ist doch nicht verhältnismäßig.

Dann nehmen sie die vielen jungen Leute, die gegen die Rechtsextremen demonstrieren. Immer wieder fordern wir sie zur Zivilcourage auf. Und wenn Sie es zeigen, kommen sie in die Mühlen von Polizei und Gerichten. Was sollen die jungen Menschen denken, wenn sie beim Demonstrieren gegen Rechts von der Polizei mit Wasserwerfern und Schlagstöcken von der Straße getrieben werden, damit die NPD marschieren kann?

Das ist doch ein Notstand, wenn die Polizei die Masse der Gegendemonstranten nur mit solchen Mitteln beherrschen kann. Beim NPD-Aufmarsch 2004 hat der damalige Polizeipräsident Horst-Udo Ahlers richtig entschieden und die NPD-Demonstration abgebrochen. Es ist ein Segen, dass er dafür nicht

gerügt wurde, wie einige in der CDU/FDP-Landesregierung damals gefordert hatten.

Das Bundesverfassungsgericht hat seine Entscheidung mitgetragen und die Beschwerde der NPD gar nicht erst angenommen. Das war wie die Gerichtsurteile zum Kessel und zum Wasserwerfer-Einsatz sicher richtungsweisend für unsere Landtags-Initiative.

Die politischen Mühlen mahlen langsam, wie wir wissen. Was soll Braunschweig tun, wenn die Rechtsextremen wieder durch die Stadt marschieren wollen?

Es gibt doch einen Gesprächskreis beim Oberbürgermeister. Ich nenne Ihnen mal eine intelligente Lösung aus Leipzig. Da will die NPD schon lange am Völkerschlachtdenkmal demonstrieren.

Aber alle für die NPD bedeutsamen Daten mit der 1 und der 8 – die Zahlen stehen für die Anfangsbuchstaben von Adolf Hitler – sind bereits mit Weitsicht im

Vorfeld von gesellschaftlichen Gruppen für Kundgebungen blockiert worden.

Wir in Braunschweig müssen immer damit rechnen, dass die NPD einen Aufmarsch hier wiederholen will. Braunschweig ist für die NPD ein Symbol, weil Hitler hier eingebürgert wurde.

Auch deswegen ist es wichtig, dass ihm die Einbürgerung nachträglich aberkannt wird. Auch das ist ein Symbol. Ein Symbol für eine wehrhafte Demokratie.

„Wenn Wasserwerfer und Schlagstöcke nötig sind, dann muss ein NPD-Aufmarsch eben beendet werden“

Ein verkehrssicheres Fahrrad muss nicht teuer sein

Vorschulparlament und Mercedes veranstalten 10. Flohmarkt für Kinderfahrzeuge – Informationen auch über Helmpflicht

Von Bettina Habermann

Mancher Roller hat die Ausstellungshalle gar nicht erreicht, sondern wurde vom Kofferraum weg verkauft: Solche Liebhaberstücke werden auch an diesem Samstag, 10. März, wieder angeboten, wenn das Vorschulparlament und die Mercedes-Benz-Niederlassung zum 10. Mal zum „Flohmarkt für Kinderfahrzeuge“ einladen.

Von 9 bis 12 Uhr können an der Frankfurter Straße 49 von privat an

privat und ohne Standgebühr gebrauchte Roller, Drei- und Fahrräder, Kettcars oder Rollschuhe und gekauft werden. Ein „Bike“-Doktor überprüft die fahrbaren Untersätze auf ihre Verkehrssicherheit und erledigt kleinere Reparaturen kostenlos direkt vor Ort.

„Der Flohmarkt bietet gute Chancen, zum Beispiel ein verkehrs- und betriebssicheres Fahrrad, das der Größe des Kindes entspricht, zu einem günstigen Preis zu erwerben“, sagt Robert Dörge, Sprecher des

Vorschulparlaments. Vor allem auf die Größe komme es an: „Das Kind sollte sich ganz und gar auf den Verkehr konzentrieren können.“

Das Vorschulparlament nutzt den Flohmarkt als „gute Gelegenheit“, so Jürgen Rohlf, um mit Eltern ins Gespräch zu kommen. An einem Info-Stand wird unter anderem auch über Helmpflicht informiert.

Aus Anlass des 10. Flohmarkts gibt es das Gewinnspiel „Einfälle gegen Unfälle“. Wer weiß zum Beispiel schon, dass das Aufprall-Gewicht ei-

nes 35 Kilogramm schweren Kindes bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h eineinhalb Tonnen beträgt? Zu gewinnen gibt es u.a. ein Roller-Wochenende für die Familie.

Das Vorschulparlament ist eine Arbeitsgemeinschaft der Verkehrswacht Braunschweig. Sie besteht seit 1980 und engagiert sich vor allem dafür, dass Kinder im Straßenverkehr nicht verunglücken und den Lebensraum Straßenverkehr sicherer bewältigen. „Mobilitätserziehung ist in erster Linie Elternsache. Wir

erklären, wann was wichtig ist“, betont Robert Dörge. Das geschieht z.B. bei rund 30 Eltern-Kind-Seminaren im Jahr. Dort wird Eltern vermittelt, wie sie ihre Kinder auf die Teilnahme am Straßenverkehr vorbereiten und auf Gefahrenstellen aufmerksam machen können.

Mit Verkehrserziehung und -sicherheit könne man nicht früh genug beginnen – „deshalb werden wir die Flohmarkt-Veranstaltungen fortführen“, betont Mercedes-Niederlassungsleiterin Bettina Wienecke.